GENDER OPEN REPOSITORIUM

Identität und Befreiung. Eine politische Zwischenbilanz

Koppert, Claudia

1996

https://doi.org/10.25595/2023

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Koppert, Claudia: *Identität und Befreiung. Eine politische Zwischenbilanz*, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Jg. 19 (1996) Nr: 42, 113-125. DOI: https://doi.org/10.25595/2023.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

beiträge
zur feministischen theorie und praxis

Ent-fremdung
Migration und Dominanzgesellschaft

42

Hrsg. Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V.

beiträge
zur feministischen theorie und praxis

Ent-fremdung
Migration und Dominanzgesellschaft

42

1. Auflage 1996
Eigenverlag des Vereins Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis e.V., Köln
Satz: DTP-Satz-Service Eul-Gombert, Bergisch Gladbach
Druck: Farbo Druck & Grafik Team, Köln

Impressum

beiträge
zur feministischen theorie und praxis

Hrsg.: Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e.V.
Dieses Heft wurde in Kooperation mit der Stiftung Umverteilen, Berlin produziert.

19. Jahrgang (1996) Heft 42

Redaktion: Ute Annecke, Rose-Marie Beck, Gaby Beckmann, Susanne v. Daniels, Heidrun Uta Ehrhardt, Gisela Notz, Brunhilde Sauer-Burghard, Michaela Wende, Christa Wichterich
Redaktionelle Mitarbeit: Nicole Pirpamer

Mitarbeiterinnen dieses Heftes: Selmin Caliskan, Ursula Alice Döhmann, Elke Grawert, Sedef Gümen, Encarnación Gutiérrez Rodríguez, Modjgan Hamzhei, Jutta Heinrich, Tatjana Hecigonja, Chong-Sook Kang, Kerstin Kellermann, Claudia Koppert, Anni Lanz, Behshid Najafi, Renate Nestvogel, Gisela Notz, Bircan Özdem, Constance Ohms, Viola Roggenkamp, Manuela Westphal, Marlini Wickramasinha

Die „beiträge" erscheinen ca. dreimal im Jahr. Preis des Einzelheftes 23,– DM, Doppelheft 34,– DM, Abonnement (jeweils 3 Nummern) 65,– DM, Förderabonnement ab 95,– DM, Mitfrauenabonnement 62,– DM (jeweils inclusive Porto- und Verpackungskosten). Einzelhefte sind durch jede Buchhandlung oder direkt beim Verlag zuzügl. Versandkosten zu beziehen. Abonnements ausschließlich beim Verlag. Abbestellungen spätestens drei Monate vor Ende des Kalenderjahres möglich. Der Verlag erzielt keinen Gewinn. Mitarbeit erfolgt grundsätzlich ohne Honorar. Copyright by the authors. Nachdruck nur mit besonderer Erlaubnis des Verlages und unter Quellenangabe gestattet. Sämtliche Verwertungsrechte an Übersetzungen liegen beim Verlag. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

Verlags- und Redaktionsadresse: Niederichstr. 6, 50668 Köln, Tel.: 0221/13 84 90; FAX: 0221/139 01 94; Konto: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis e.V., Konto-Nr.: 7 192 032 Stadtsparkasse Köln (BLZ 370 501 98) und Konto-Nr. 56530-500 Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50)

Vertrieb von Einzelheften und Abonnements: Verlag des Vereins Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis e.V.
Auslieferung für den Buchhandel: (BRD, Österreich, Niederlande): SOVA, Friesstr. 20-24, 60388 Frankfurt, Tel.: 069/ 41 02 11; FAX: 069/ 41 02 80
Schweiz: ars.lit. Verlagsauslieferung, Byfangweg 7, CH-4051 Basel, Tel.:/FAX: 0041/61/271 18 82

INHALT

Editorial 5

Ent-fremdung

Migration und Dominanz-gesellschaft

Chong-Sook Kang
40 Jahre Migrantinnen in Deutschland 9

Manuela Westphal
Arbeitsmigrantinnen im Spiegel westdeutscher Frauenbilder 17

Behshid Najafi
Paragraph 19: das „Rückgaberecht" im Ausländergesetz 29

Anni Lanz
Migrationspolitisches Engagement zwischen Theorie und Praxis 33

Tatjana Hercigonja, Kerstin Kellermann
Außerhalb des Kreises: Von Jugoslawien nach Österreich 41

Gisela Notz
Grüne Haare oder die Konstruktion des Anderen 51

Renate Nestvogel
Zum Umgang mit Bildern von „Fremden" 53

Ursula Döhmann, Marlini Wickramasinha
„Sie schauen aus, als ob Sie Teepötte malen!" Schwarz + Weiß = Grau Grau Grau 65

Viola Roggenkamp
Mich gibt es
Jüdische Selbstbehauptung
gegenüber der mächtigen Schoah 69

Sedef Gümen
Die sozialpolitische Konstruktion „kultureller" Differenzen in der bundesdeutschen Frauen- und Migrationsforschung 77

Selmin Caliskan, Modjgan Hamzhei
„ ... und alle bunten Steine fügen sich zu einem Mosaik zusammen" 91

Encarnación Gutiérrez Rodríguez
Migrantinnenpolitik jenseits des Differenz- und Identitätsdiskurses 99

Claudia Koppert
Identität und Befreiung
Eine politische Zwischenbilanz 113

Elke Grawert
Arbeiten und Warten
Lebensverhältnisse afrikanischer Landfrauen in einem Ausgangsort der Migration 127

Diskussion

Jutta Heinrich
Vorwärts in die Vergangenheit!
In eine neue Bewegungsfreiheit oder eine Freiheit ohne Bewegung? 139

Renzension

Birgit Rommelspacher
Dominanzkultur
Texte zu Fremdheit und Macht
(Constance Ohms) 145

Vorankündigung Heft 43 149

Vorankündigung Heft 44 150

Autorinnen 151

Claudia Koppert

Identität und Befreiung
Eine politische Zwischenbilanz*

Auf den ersten Blick scheint es eine klare Sache zu sein: Gruppen, die über gemeinsame Identitäten – wir Frauen, wir Lesben, wir Schwarzen, wir sind das Volk – zusammengehalten werden, sind eine starke politische Kraft. „Grenzenlos mächtig" hieß ein Kongreß von und für Schwarze/im Exil lebende Frauen, Migrantinnen und Jüdinnen kürzlich – will sagen, grenzenlos mächtig ist ihr Bündnis bzw. kann es sein. Das ist das eine.
Andererseits kann ein kollektives „Wir" den Zusammenschluß auch hintertreiben, wie das in den westlichen Frauenbefreiungsbewegungen der Fall war und ist: Dieses Wir reklamierte die Gemeinschaft *aller* Frauen als Schwestern, repräsentierte aber faktisch vor allem Frauen der weißen Mittelschichten; propagierte die „Befreiung" aller und produzierte nach innen Ausschluß, neue Konformitäts- und Identitätszwänge (was allerdings, und das fällt manchmal unter den Tisch, nicht das einzige Ergebnis feministischer Politik war und ist).
Im hier herrschenden feministischen Diskurs wird Identität heute als solche in Zweifel gezogen und jede Politik, die auf Identität Bezug nimmt, als Identitätspolitik – Politik um der persönlichen oder kollektiven Identität willen – attackiert: als essentialistisch, andere ausschließend, festschreibend. Die kollektiven „Wirs" und ihre Grundlage – die Kategorie Frau, die Kategorie Lesbe[1)] – sind in Verruf gekommen, in der Praxis wie in der Theorie.

Angesichts solch widersprüchlicher politischer Erfahrungen und theoretischer Einsichten stellen sich Fragen: Wozu sind kollektive Identitäten in emanzipatorischen Bewegungen gut , und in welcher Hinsicht sind sie schlecht? Verändert sich der Identitätsbegriff in den verschiedenen Stadien des sozialen Aufbruchs, und wenn ja, wann und warum? Antworten auf solche Fragen sind erforderlich, wenn wir nicht von vornherein auf jedes politische Wir verzichten wollen, und das heißt heute auf jede Befreiungsperspektive, die mehr einschließt als die individuelle Freiheit zum Konsum und mehr als die einzelner Gruppen der „Leute von heute", und auch die hergebrachten homogenisierenden politischen Kollektive ablehnen. Ich werde fragen: Warum dreht sich heute vor allem in westlichen Gesellschaften so viel, offen oder verdeckt, um Identität – und zwar beileibe nicht nur bei Frauen?
Erst einmal auf den Begriff aufmerksam geworden, springt er mir ständig ins Gesicht (die Zitate aus verschiedenen Zeitungen sind sämtlich aus einem Monat, September 94; die Beschäftigung mit dem eigenen Selbstbild oder einem kollektiven Image erreicht seither immer neue Höhepunkte): Die städtischen Kunstsammlungen in Chemnitz haben ihre „Identität radikal geändert", in ihrer neugeordneten Abteilung „Kunst nach 1945" kommen ostdeutsche Künstler nicht mehr vor, von Künstlerinnen offenbar ganz zu schweigen. Männer suchen nach einer „neuen männlichen Identität", indem sie Women's-Studies-Stellen übernehmen und Gender Studies betreiben, Computertravestie imaginiert schon mal die „freie Wahl der Geschlechtsidentität", die SPD steckt ohnehin in einer Identitätkrise. Nach der Apothekerzeitung suchen Frauen in den Wechseljahren nach einer neuen Identität. Mit Hoffesten und Feldbegehungen

* *Überarbeite Fassung eines Vortrags, gehalten am 3. November 1995 bei der Offenen Frauenhochschule Wuppertal. Mein herzlicher Dank gilt Birgit Lindberg, die mir über etliche gedankliche Hürden hinweggeholfen hat.*

lösen niederbayerische Biobauern die „ländliche Identitätskrise". Punks, Skins, Autonome, Hooligans gewinnen angeblich „Identität über Abgrenzung und Gewalt". Der islamische Fundamentalismus sehne sich nach „kultureller Identität jenseits unseres westlichen Lebensstils", die Redaktion von der „Sadomaso-Depesche" nennt Sadomasochismus in der taz eine „ganz persönliche sexuelle Identität". Das Manager Magazin titelt: „Die Deutsche Bank in der Identitätskrise." Keine Identitätsprobleme hat zwar Papst Johannes Paul II., aber sein päpstlicher Intellektuellenzirkel debattierte im Sommer 94 über „Identität im Wandel" – „Identäterä" auf allen Kanälen. Identität erscheint hier als zentrales Manko und Anliegen.
Meine Perspektive auf dieses Thema ist von meinem Hintergrund bestimmt, Neue Frauenbewegung in der Bundesrepublik und Linke; ich bin keine Wissenschaftlerin, sondern eine, die das, was ihr bei politischen und anderen Handlungsversuchen widerfährt, gern verstehen und mit anderen besprechen würde – letztlich um das eigene Feuer des Weltbezugs immer wieder anzufachen. Zunächst geht es um zwei Formen des kollektiven „Wir", anschließend um die Frage: Wann drängt sich im Prozeß der Befreiung Identität in den Vordergrund?, dann um die Funktionen kollektiver Identitäten in feministischer Politik und zum Schluß um politische Konsequenzen.

Zwei Formen des kollektiven „Wir": politisches Identitätsbewußtsein und Identitätspolitik

Heute, da Ungleichheit berechtigterweise einer Begründung bedarf, beinhalten die verschiedenen Formen von Ausbeutung und Unterdrückung – ob sie sich an Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht oder anderen Merkmalen festmachen – in der Regel auch die Zuschreibung von Wesenszügen: zum Beispiel Frauen seien intrigant, unsachlich, aber auch menschlicher, moralischer, besser. In den hochmodernen westlichen Gesellschaften nehmen politisch-soziale Rebellionen folglich ihren Anfang in der Einsicht, daß die Zurücksetzung unrechtmäßig ist und die aufgezwungenen Bilder, Selbst- und Fremdbilder – Identitäten – ein Mittel der Beherrschung sind.
So begannen Schwarze in den USA, ihre eigene widerständige Identität zu bestimmen, den eingeimpften Selbsthaß zu überwinden und das diskriminierte Merkmal positiv zu bewerten: „Black is beautiful." „Schwarzsein lieben" bezeichnet folglich bell hooks (1994) als eine Form des politischen Widerstands.
Ähnlich wie die Black-Consciousness-Bewegung agitierten Feministinnen von Anfang der westlichen Frauenbewegungen an auch gegen die Zuschreibung eines weiblichen Geschlechtscharakters. Das kollektive „Wir" gründet in dieser Phase der Rebellion auf dem „Bewußtsein einer gemeinsamen Geschichte der Ausbeutung und Unterdrückung", einem gemeinsamen *„politischen Identitätsbewußtsein"*, das sowohl Mittel als auch Produkt des Befreiungsprozesses ist. *Ein* Mittel, *ein* Produkt neben anderen. (Politisches Identitätsbewußtsein ist ein Ausdruck von Susanne Kappeler, 1992, S. 6, den ich hier übernehme.)
Diese Form der Politik mit Identität richtet sich gegen die Zuschreibungen und Identitätszwänge, mit denen Trägerinnen und Träger eines bestimmten Merkmals belegt werden, um sie zu diskriminieren. Politisch identitätsbewußte Gruppen wenden sich tendenziell nicht ausschließlich gegen ihre eigene Unterdrückung, sondern gegen das Beherrschungsprinzip überhaupt: nämlich gegen das Prinzip, Unterschiede wie Hautfarbe oder Geschlecht zu ideologisieren, um Über- und Unterordnungen zu begründen. Ein solcher Begriff von Identität grenzt nicht in erster Linie ein oder aus, sondern ist auf eine bestimmte Politik mit Unterschieden gemünzt – darauf, daß Unterschiede im politisch-gesellschaftlichen Bereich die Grundlage für Diskriminierung abgeben.[2)]

In der Praxis sieht politisches Identitätsbewußtsein bei Zusammenschlüssen zum Beispiel von Immigrantinnen so aus, daß sie nicht nach einer ethnischen Identität suchen, sondern gegen die Identitätszuweisungen an sie als „Ausländerin", „Fremde", als „Türkin" ... angehen.
Für lesbische Frauen hieße politisches Identitätsbewußtsein, den ursprünglichen Impetus beizubehalten: gegen die Diskriminierung ihrer sexuellen Orientierung, den Zwang zur Heterosexualität, gegen die Identifizierung als Andersartige. Lesbische Identität wäre – würde sie in diesem Sinn aufgefaßt – *ein* Mittel und *eine* Begleiterscheinung des kollektiven und persönlichen Befreiungsprozesses, der letztlich darauf hinausliefe, den Zwang, sexuelle Identitäten zu bilden, überhaupt zu beenden. Keinesfalls wäre eine lesbische Identität das Ziel, schon gar nicht das primäre. Der Konjunktiv II verrät es: die Realität lesbischer Politik sieht meist anders aus. Und nicht nur die lesbischer Politik. Bei vielen politischen/sozialen Bewegungen haben sich die Gewichte verlagert; Identität – eine ethnische, geschlechtliche, sexuelle oder nationale – wird vom provisorischen und zeitweiligen Hilfsmittel zum Erstrebten, wird vom Lot zum Notanker. Politisches Identitätsbewußtsein mutiert zur *Identitätspolitik*, einer Politik mit einer Identität und für eine Identität.
Die Politik mit und für Identitäten erweist sich so als problematisch. Einerseits ist sie für den kollektiven und individuellen Befreiungsprozeß unverzichtbar, andererseits birgt sie die Tendenz, Identität zum Ziel und Wert an sich zu setzen und damit den ursprünglichen Zusammenhang mit der „Befreiung aller" aufzugeben. Die Frage ist: Wann passiert dieser Umschlag, und warum?

Wann drängt sich im Prozeß der Befreiung bzw. Veränderung der Verhältnisse die Identität in den Vordergrund?

Meine Vermutung schließt an eine Beobachtung an: In Gesprächen mit politisch engagierten Frauen aus den östlichen Bundesländern fällt immer häufiger der Begriff „DDR-Identität". Seine Konturen gewinnt dieses neue Selbstverständnis im Zusammenprall mit der Westmanier und den Westmanieren. Genährt wird es von der Ambivalenz gegenüber den teils begrüßten, teils abgelehnten Veränderungen. Mir kommt es so vor, als gewinne eine solche DDR-Identität in dem Augenblick Bedeutung, wo abzusehen ist: Die Demokratisierung, der Antrieb zum Mauerbruch, ist in Teilen erreicht, aber um den Preis neuer systematischer Bevormundung, Zwänge und Mißachtung. Der Aufbruch wurde vom Westsystem aufgefangen. Was als Differenz erfahren wird, soll nun, da es in die gesellschaftliche Wirklichkeit anscheinend nicht integriert werden kann, in der Identität bewahrt und festgehalten werden. Sie scheint der letzte selbstbestimmte Ort zu sein. Und folgerichtig setzt sich der Gedanke fest, Ost und West fänden nicht zusammen, weil sie wesensverschieden seien: „Wir sind und bleiben Ossis."
Zeichnet sich hier, in dieser vagen und beiläufigen Beobachtung, der Umschlag ab von politischem Identitätsbewußtsein in Identitätssuche und Identitätsfestschreibung? Ist solch eine kollektive Identität oder die Suche nach ihr ein Effekt mißglückter oder abgebrochener Befreiung, also quasi ein Ersatz?

Der historische Wandel des Nationalismus und nationalen, deutschen „Wir" scheint diese Vermutung zu bestätigen: Zunächst war das „nationales Erwachen" Anfang des 19. Jahrhunderts im Gebiet des späteren Deutschland eine emanzipatorische Bewegung, deren Revolutionsversuche immer wieder scheiterten, jedenfalls steckenblieben. Statt der erhofften Befreiung für alle erfuhren viele aus der Leibeigenschaft Entlassene Freisetzung und Verarmung, statt Demokratie gab es 1849 ein Dreiklassen-

wahlrecht für Männer und für Frauen gar keines, statt der Abschaffung der Ausbeutung neue Ausbeutung, statt einer Republik 1871 einen nationalistischen Staat, dem es zunehmend gelang, die Aufsässigen nicht nur mit Terror und Gewalt, sondern auch mit Hilfe der nationalen Ideologie einzubinden, denn mit dem Scheitern veränderte sich Schritt für Schritt auch die Bedeutung des nationalen Gedankens: Die nationale, die deutsche Identität diente nun als Kompensation für die mißglückte Befreiung; sie wurde in der Abgrenzung von anderen und in deren Nicht-Anerkennung gewonnen; eine imaginierte „Volksgemeinschaft" half über den Verlust hergebrachter Zugehörigkeitssysteme hinweg und ermöglichte die Teilnahme an kollektiven chauvinistischen Größenvorstellungen. Nationalismus wurde im Laufe des letzten Jahrhunderts zur reaktionären Integrationsideologie einer vielfach gespaltenen Gesellschaft. Für ein bißchen mehr eigene Freiheit oder deren Surrogate verriet man die Grundprinzipien Gleichheit, Gerechtigkeit, Menschlichkeit. Und mit jedem Scheitern eines neuen Aufbruchs erreichte der nationalistische Identitätswahn eine neue Qualität, ablesbar an der Ausbreitung des völkischen Antisemitismus. Das nationale Erwachen endete in völkischer Umnachtung.

An diesem Beispiel wird deutlich: Kollektive Identitäten sind genausowenig per se unterwerfende Machtmittel, wie sie per se Mittel der Emanzipation sind. Sie können beides sein und ihre Funktion wechseln. Was zunächst ein emanzipatorischer Impuls war, kann sich in etwas ganz anderes verwandeln. Wichtig sind bei der Beurteilung kollektiver Identitäten Fragen wie: Wer macht von der Identitätssetzung Gebrauch? Mit welchem Ziel? Mit einer Befreiungsperspektive oder einer Herrschaftsperspektive?

Im nächsten Abschnitt betrachte ich unter diesen Aspekten kollektive Identitäten in der feministischen Politik, soweit ich sie überblicken kann. Läßt sich auch hier beobachten, daß politisches Identitätsbewußtsein in Identitätspolitik umschlägt, wenn der Befreiungsprozeß mißglückt oder abbricht, die Perspektive auf das nächst Erreichbare sich zusammenzieht – das Ich, die Identität, meinesgleichen, die Hoffnung auf das persönlich richtige Leben im falschen? Das würde heißen: Statt Befreiung von aufgezwungener Identität versuchten Frauen dann, das Differente, das Spezifische, das Gewünschte in einer kollektiven Identität positiv zu bestimmen und zu entfalten.

Funktionen kollektiver Identitäten in der feministischen Politik

Westliche Frauen versuchten sich seit Ende der sechziger Jahre aus der Linken heraus gewissermaßen als eigene Klasse oder in Anlehnung an die Black-Power-Bewegung als diskriminierte „Minderheit" zu organisieren. Sie erklärten sich zu den genuinen Interessenvertreterinnen ihres Geschlechts. Ziel war die Befreiung *aller* Frauen, mithin aller Menschen, von Ausbeutung und Unterdrückung. Kollektiv- und identitätsstiftende Wirkung hatte zum einen die gemeinsame Einsicht, das Geschlechterverhältnis sei bis in die intimste Sphäre antagonistisch, und zum anderen die Erkenntnis, der weibliche Geschlechtscharakter sei aufgezwungen und habe unterwerfende Funktion. Die Demontage der weiblichen Identität war von Anfang an ein wesentliches Element feministischer Politik, Ausdruck des politischen Identitätsbewußtseins vieler Aktivistinnen. Eine neue Identität als Frau galt als ein Mittel und Produkt des Befreiungsprozesses.

Allerdings: überall versagten Frauen ihren selbsternannten Interessenvertreterinnen die Gefolgschaft, und besonders schwarze Frauen wehrten sich gegen den Avantgarde- und Dominanzanspruch weißer, oft der Mittelschicht angehörenden Feministin-

nen. Damit gerieten nicht nur die Machtverhältnisse zwischen Frauen, ihre Integration in sämtliche hierarchische Ordnungen in den Blick, sondern auch ihre unterschiedlichen Interessenlagen. *Das* Patriarchat, von dem Feministinnen oft ausgegangen sind – das wurde deutlich – , ist stark von kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen, etwa Rassismus, überformt. Frauen sind keine Klasse und auch nicht einfach eine diskriminierte „Minderheit". Sie nehmen im Gefüge von Dominanz und Diskriminierung unterschiedliche Orte ein und agieren daher von unterschiedlichen Orten aus. Die jeweiligen Ziele und Ansatzpunkte ihrer sozialen Bewegungen entsprechen ihrer jeweiligen Situation und Interessenlage. So kämpfen Angehörige diskriminierter Gruppen für eine medizinische Grundversorgung und wenden sich gegen Zwangssterilisierung, Frauen der herrschenden Schichten demgegenüber gegen Abtreibungsverbote und medizinische Übertechnisierung.
Aber auch bei gleicher Ausgangslage unterscheidet sich die Stoßrichtung: Die einen träumen von der Befreiung von der Reproduktion[3)], die anderen von der Befreiung zur Reproduktion, die nächsten streiten für die Vereinbarkeit von Muttersein und freiem Menschsein. Die einen träumen von Cyborgs[4)], erhoffen sich Fortschritt durch Hochtechnologien und den Internet-Anschluß, die anderen durch die Stärkung der Subsistenzproduktion ... Die Antworten von Frauen auf ihre jeweilige Situation sind höchst unterschiedlich und widersprechen sich oft. Ein stabiles kollektives „Wir" aller engagierten Frauen hat daher keine Grundlage. Allerdings besteht nach Chong-Sook Kang (1993) die Möglichkeit, „verbundene Prozesse" in Gang zu setzen, wenn Frauen ihre unterschiedliche Stellung in den Gesellschaften und in den internationalen Hierarchien zur Kenntnis nehmen und ihre unterschiedlichen Perspektiven in gemeinsamen Projekten zusammenbringen. Auch in vorübergehenden Bündnissen und wechselnden Koalitionen kann sich ein Wir entwickeln, das nicht herbeigeredet ist, keine Verbindung beschwört, wo keine ist, das „Frauen" nicht mystifiziert.

Ein solches Wir (im Sinne eines politischen Identitätsbewußtseins) verlangt zuallererst übergeordnete gemeinsame Ziele; Ziele, in denen die Beteiligten ihre „Verletzungserfahrungen"(Axel Honneth 1992), ihre Erfahrungen von Mißachtung und Not aufgehoben sehen. Entscheidend für die Überwindung der alten (Opfer)Identität, der Ohnmacht und Lähmung, und das Entstehen eines kollektiven Wir ist das gemeinsame Handeln. Für gemeinsame Ziele politisch aktiv zu werden, sich als gemeinsam handlungsfähig zu erleben schafft Verbindung, die Beteiligten finden dabei zu einem positiveren Selbstverhältnis und gewinnen Selbstachtung (ebd., S. 261) – zumal das öffentliche Agieren eine besondere Art der Erfüllung bereithält.[5)] Dies wird als Befreiung empfunden, nicht, weil alle äußeren Zwänge und Nöte beseitigt wären, sondern weil im Zusammenwirken um einer gemeinsamen Sache willen Selbstachtung, Selbstvertrauen und Wertschätzung gewonnen werden. Das ist die Grundlage der neuen persönlichen oder kollektiven Identität, des Glücks, das viele in politischen Bewegungen auch zeitweise erfahren haben. Noch einmal: es ist gebunden an gemeinsame Ziele; an Zielsetzungen, die nicht abstrakt bleiben, sondern immer wieder in konkrete, machbare, daher auch begrenzte Schritte übersetzt werden; und das Glück wie die kollektiven Identitäten, die dabei aufkommen, sind notgedrungen vorübergehend, nicht aus einem Guß, sondern widersprüchlich.

Seit Beginn der Neuen Frauenbewegung in der Bundesrepublik gibt es infolgedessen immer wieder neue Aufbrüche von Frauen, getragen von der Erkenntnis, daß sie aufgrund ihres Geschlechts an den Rand gedrängt werden; ich nenne hier nur die Vernetzungen von Frauen in verschiedenen Berufsgruppen, die Zusammenschlüsse der Frauen in Ostdeutschland 1990/91 und die von Immigrantinnen und Afro-Deutschen, letztere gegen rassistische Ausgrenzung und Gewalt, aber auch gegen Zuschrei-

bungen gerichtet. Ihr „Wir" beruhte und beruht teilweise nach wie vor auf gemeinsamen Zielen; ihr Selbstverständnis als „Schwarze Frauen" ist ein Mittel zur Verfolgung dieser Ziele. Für schwarze Frauen, ‚women of color' und eingewanderte Frauen stellt Philomena Essed (1994, S. 24) ausdrücklich fest: „Wir können uns nicht auf der Basis von Identitätspolitik vereinigen, weil wir nicht die gleiche Identität haben. Wir können uns aber vereinigen, wenn wir uns auf gemeinsame Ziele verständigen ..." Was nicht heißen soll, daß schwarzen Frauen (oder Schwarzen überhaupt) keine Identitätspolitik unterliefe.[6)]

Weit verbreitet ist heute das Phänomen einesfeministischen Engagements ohne Einbindung in reale Gruppierungen. Überall verstreut agieren Frauen aus einer feministischen Perspektive heraus: in Institutionen, Gremien, Projekten, Praxen, Vereinen, Organisationen, Kirchen, Betrieben ... Ihr politisches Identitätsbewußtsein ist oft nur noch abstrakt; jede hat ihr eigenes „die" oder „wir Frauen"-Kollektiv im Kopf. Es kann von pragmatischem Realitätssinn geprägt sein oder von theoretischen Geschlechtervorstellungen, oder es begegnet uns als schlichtes Glaubensbekenntnis: „wir Frauen".

Keine Frage, es ist ein Gewinn, daß kaum mehr über die eine feministische Zentralperspektive gestritten wird, *den* Ansatz, *die* Strategie. Aber wenn zwischen den unterschiedlichen Ansätzen und ihren Vertreterinnen, zwischen Theorie und Praxis keine Brücken mehr zu schlagen sind oder überhaupt zu schlagen versucht werden, verpufft erhebliche Wirkungskraft, nach außen und nach innen. Feministische Ziele verlangen Widerstand. Widerständige Energien laden sich nicht beliebig oft durch den Anblick einer ungeliebten Realität auf, sondern entscheidend auch im Zusammenwirken mit anderen, in der Anerkennung und Kritik, die hier zu finden ist. Fehlt es daran, fühlen sich Frauen „ausgebrannt", ständig überanstrengt, verlieren sie den Blick für das, was wirklich wichtig ist. Nur wenn dieses Zusammenwirken gelingt, entwickeln sich vorübergehend Verbindungen, die nicht mystifiziert oder eingebildet sind und daher in einer bestimmten Sache tragen.
Klar ist auch: Nach dem Aufbruch kommt der Alltag, nach dem Aufstieg folgen die „Mühen der Ebenen", nach dem Einander-Erkennen, Sichfinden ist die immer neue Übersetzung ferner Ziele in begrenzte praktische Schritte notwendig, deren Umsetzung und Durchsetzung. Das verlangt keine identische Gruppe, sondern die Bereitschaft, zu verhandeln, auszuhandeln, sich auseinanderzusetzen, die den Zielen angemessenen Strukturen zu schaffen. Im Idealfall entsteht dabei vorübergehend ein kollektives „Wir".

Augenfällig ist: Diese zeitweilige kollektive Identität wechselt ihren Charakter, wenn sie nicht mehr im Kontext mit Veränderung, mit *konkreten und übergeordneten Zielen* gedacht wird, wenn eine Identität und Gemeinschaft zum Zweck der Politik werden. In diesem Fall verändert sich das Verhältnis zwischen den Beteiligten radikal: „Die Ambition, etwas Bestimmtes zu sein, überwiegt die Ambition, etwas Bestimmtes zu tun."[7)] Zwangsläufig eskalieren der Streit um die Definitionsmacht, um Richtigsein und Zugehörigkeit und die Rivalität um Anerkennung.
Warum? Weil das Mittel zum Zweck wird, weil sich der Außenbezug nach innen wendet und damit Anerkennung und Wertschätzung nicht mehr als Begleiterscheinung eines Handelns genossen, sondern zum Anspruch aneinander werden – eine heillose Dynamik.
Aber nicht nur der Bezug zwischen den Beteiligten verändert sich, wenn das „Werdenwollen" wichtiger genommen wird als das „Wirkenwollen". Eine identitätspolitsche Schlagseite hat in sozialen Bewegungen gravierende Auswirkungen auf die politische Kraft, denn ihre Machtpotentiale liegen in der besonderen Verknüpfung von Allgemei-

nem und Persönlichem, von persönlicher „Verletzungserfahrung" und politischem Vorhaben; gerade diese Verknüpfung ermöglicht die Überwindung einer Opferidentität. „Macht", schreibt Hannah Arendt, entsteht überall da, wo „Menschen zusammen handeln", und zwar „zusammengehalten durch die bindende Kraft gegenseitiger Versprechen" (1991, S. 240f.), das heißt durch etwas in die Zukunft Gerichtetes, bisher nicht Verwirklichtes, eben Ziele. Tritt an die Stelle dieser „Versprechen" der Anspruch, etwas Bestimmtes sein zu wollen, verliert der Zusammenschluß die Grundlage seiner Macht. Gemeinsam etwas sein zu wollen ist kein wirkungsvolles politisches Projekt von Nichtherrschenden. Zu gewinnen ist auf diesem Weg nur die Anerkennung, daß ich etwas bin oder nicht bin oder daß wir viele sind. Ein bescheidenes Anliegen, zumal ohne wirkliches Zusammenwirken kollektive Hoffnungen und Beschwörungen nicht verhindern, daß sich Enttäuschung, Zerwürfnis, neuerliche Ohnmacht einstellen. Wie wenig der Wunsch, etwas zu sein, als politischer Ansatz taugt, lassen zwei Veranstaltungstitel aus den Programmen von Frauenferienhäusern ahnen: „Die rekonstruierbare Frau oder Wenn alles konstruiert ist, wie kann ich dann Frau/Lesbe/Feministin *sein*?" und: „Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu *sein* ... Die Perspektivlosigkeit dieser Herangehensweise ist offensichtlich, auch wenn die Referentinnen damit vielleicht beabsichtigen, Frauen dort „abzuholen", wo sie sie vermuten, bei der Beschäftigung mit sich selbst.
Von kollektiver Macht nur träumen können auch Gruppen, die so „frei" sind, daß „kein Versprechen sie bindet und kein Vorhaben sie zusammenhält" (Arendt 1991, S. 241). Diese Einsicht drängte sich auch auf der Weltfrauenkonferenz auf – Lilin Abrasinscas aus Uruguay: „Das Prinzip der ‚diversity' hat dazu geführt, daß jede Gruppe ihr Anliegen vertreten kann. Aber wir haben noch nicht gelernt, gemeinsam Politik zu machen[8)].

In der feministischen Praxis vollzieht sich meist kein radikaler Wechsel von politischem Identitätsbewußtsein zu Identitätspolitik. So haben sich viele Frauenprojekte auf der Nahtstelle von identitätsbewußter Politik und der Politik *für* eine bestimmte Identität angesiedelt. Ein Bildungszentrum etwa fördert einerseits den politischen Bewußtwerdungsprozeß, richtet sein Angebot aber andererseits vielleicht nur auf eine bestimmte Gruppe und deren Selbstfindung aus. Allzuleicht geht es dann in manchen Projekten vor allem darum, Raum zu schaffen, damit bestimmte Frauen ihre Identität kultivieren können: Mütter, Lesben, Karrierefrauen ...
Aber wenn eine Gruppenidentität nicht über übergeordnete Ziele hergestellt wird, wird sie es in der Abgrenzung voneinander, in Differenzen und Spaltung. So kommt es, daß zum Beispiel in einem Ostberliner Frauenzentrum der anfängliche Zusammenschluß von Frauen mit Kindern sich nach und nach in Grüppchen aufsplitterte: lesbische Mütter, alleinerziehende Mütter, lesbische Frauen mit Partnerinnen, verheiratete Frauen. Aus vergleichbaren Konstellationen weiß ich: Die Gruppen sind keine Basis mehr, sondern das Ziel. Hier wird Gemeinsamkeit, Wiedererkennen, weitgehendes Verständnis, Anerkennung der eigenen Lebensform gesucht und nur begrenzt gefunden. Die Beteiligten sind einander nicht mehr Garanten der politischen Veränderung, sondern nutzen einander zur direkten persönlichen Stärkung. Da Unterschiede dabei stören, folgt eine Spaltung auf die andere. Es stellt sich keine Dynamik der wachsenden Wertschätzung füreinander ein, kein Zuwachs an Handlungsfähigkeit und Durchsetzungsvermögen. Die Gruppenidentität soll eine nicht absehbare allgemeine Veränderung ersetzen, die politische Kraft verliert sich. (Gegen solche Bezugsgruppen ist nichts einzuwenden; nur als feministische Politik und Perspektive sind sie, wie die Praxis zeigt, äußerst problematisch.)
Identitätspolititische „Ambitionen" schlagen immer wieder auch bei Zusammenschlüssen durch, bei denen das nicht zu erwarten ist, weil sie sich ganz bewußt an

übergeordneten Zielen orientieren, zum Beispiel Antirassismus-Initiativen. So verfolgen weiße Frauen hier immer wieder neben dem Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus unbewußt und dafür um so drängender ein persönliches Identitätsziel: die Selbstbefreiung von Schuldgefühlen, Scham, Privilegien, um den Beweis zu erbringen, wenigstens auf der richtigen Seite, der Seite der Unschuldigen, der Gerechten, zu stehen.[9] Jenny Bourne (1984) kritisiert den Kult, den weiße Frauen um die Erfahrung schwarzer Frauen betreiben, um keine eigenen Urteile, Strategien und Standpunkte entwickeln zu müssen. Das würde ein Bewußtsein von der eigenen gesellschaftlichen Stellung und vom eigenen geschichtlichen Kontext verlangen, laut Bourne eine eigene Identität.
Die Betonung von Unterschieden, Ethnisierung und Kulturalisierung stehen immer in der Gefahr, kollektive Identitäten erneut festzuschreiben, obwohl sie als Widerstand gegen Rassismus (oder Homophobie oder Mütterfeindlichkeit ...) gelten. Wiederum Jenny Bourne (1987) zeigt, daß identitätspolitische Strategien jüdische Feministinnen in Großbritannien in eine Sackgasse geführt haben. Identität habe sich nicht als Widerstandsperspektive erwiesen.

Bevor ich zu meinem letzten Punkt komme, will ich kurz zusammenfassen: Kollektive Identitäten spielen in der nichtinstitutionalisierten feministischen Politik wie in allen sozialen Bewegungen bisher eine tragende Rolle, allerdings in den verschiedenen Phasen eine sehr unterschiedliche. Gemeinsame übergeordnete Ziele, in denen die einzelnen ihre Nöte und Verletzungserfahrungen aufgehoben sehen, die Einsicht in die Besonderheit ihrer Lage zum Beispiel als Türkin in Deutschland[10] oder als Lesbe in einer überwiegend heterosexuellen bzw. zwangsheterosexuellen Gesellschaft und die Einsicht in die Zumutung einer zugeschriebenen Identität lassen bei revoltierenden unterdrückten Gruppen zeitweilig ein Wir-Gefühl entstehen.
Ausschlaggebend ist: Dieses Wir, Ausdruck eines politischen Identitätsbewußtseins, richtet sich perspektivisch gegen das Prinzip, Unterschiede wie Hautfarbe oder Geschlecht ideologisch aufzuladen, um Über- und Unterordnungen zu rechtfertigen. Wird dieses Wir, eine kollektive Identität zum vorrangigen Zweck, verändern sich das gesamte Gefüge und die Ausrichtung des Zusammenschlusses. Jetzt glaubt frau, in der anvisierten kollektiven Identität seien ihre Schwierigkeiten aufgehoben. Folglich wird die Anerkennung dieser Identität untereinander betrieben und von der Gesellschaft verlangt. Die bloße positive Umdeutung einer stigmatisierten Identität läßt allerdings das Beherrschungsprinzip dahinter unangetastet und gibt damit – wenn auch selten offen oder bewußt – den Zusammenhang zur Befreiung aller auf.
Bevor allen die Ohren zugehen, weil „Befreiung aller" so pathetisch und vage klingt, will ich hier etwas einfügen: Ich glaube, wir bedürfen grundlegender Orientierungen, nach denen wir stets begrenzte, kümmerlich erscheinende kleine Schritte ausrichten können. „Befreiung aller" ist kein Ziel, das Menschen erreichen werden; dies sollte uns nicht entmutigen, sondern daran erinnern, daß wir als *einzelne* Menschen nicht frei sein können. „Freiheit ... ist nur zu verwirklichen im Miteinander. Niemand kann wahrhaft frei werden, wenn nicht alle frei werden. Wir sind an Gemeinschaft gebunden, nicht nur für die Lebenszwecke, sondern für unser Wesen selbst. Ich bin nicht ich selbst, außer in Kommunikation mit dem anderen Selbst. Das Wachsen der Freiheit fällt daher zusammen mit dem Wachsen des uns verbindenden Ethos." Diese Worte Karl Jaspers' (1983, S. 152) rufen in Erinnerung, was Menschen überall auf der Welt wissen oder gewußt haben: Es gibt keine „Befreiung im Singular".[11]

Zurück zu den Folgen von Identitätspolitik: Treten übergeordnete gemeinsame Ziele, der Zusammenhang zur Befreiung aller, in den Hintergrund, schieben sich der Streit um die Frage, wer dazugehört, und Rivalitäten um Anerkennung in den Vordergrund.

Damit schwindet auch das Machtpotential des Zusammenschlusses. Gemeinschaft ist zweifelsohne ein legitimer Zweck, gemeinsam etwas sein als politische Befreiungsperspektive aber unbrauchbar.

Es bleibt die Frage: Warum heften sich dennoch die Befreiungswünsche in westlichen Gesellschaften bei vielen so leidenschaftlich an eine positive, selbstbestimmte individuelle und kollektive Identität? Warum wird deren Anerkennung und Würdigung so dringend gesucht? So dringend, daß der Wunsch nach Repräsentation als Frau, als Lesbe, als Schwuler, als Schwarze ... laut Béatrice Durand (1992) an US-amerikanischen Universitäten, aber ich meine nicht nur da, die Form von „Identitätswut" annimmt. Und das, obwohl viele wissen, daß die zugeschriebene Differenz keine substantielle oder wesensmäßige ist, sondern auf politischen Herrschaftsverhältnissen beruht.[12)]

Eine Lawine neuer Literatur befaßt sich mit Identität; hier sei dazu nur soviel gesagt: Das Identitätsproblem taucht im Zuge der Auflösung haltgebender traditioneller Zugehörigkeitssysteme auf und ist eine Begleiterscheinung moderner Herrschaftsverhältnisse. Persönliche Identität meint eine gewisse Sicherheit in der Frage, wer ich bin, wie ich mich einordne und angemessen verhalte und eine Übereinstimmung in dieser Einschätzung mit meiner Umgebung. Identität entsteht im Austausch mit anderen, auf der Grundlage gemeinsam geteilter Werte und Ziele. Identität ist ohne andere nicht zu haben und gleichzeitig zunehmend eine individuelle Aufgabe. Und mit der Selbstdefinition allein ist es nicht getan: Eine Identität will anerkannt und gewürdigt werden. Jede Nichtanerkennung wird heute als persönliche Verletzung empfunden. So wird persönliche Identität für sehr viele zum wunden Punkt: einerseits als Herrschaftsmittel enttarnt und fragwürdig geworden – meine Identität als Frau, ist das nicht eine einzige Fiktion? –, wird eine Identität andererseits als existentiell notwendig empfunden, damit sich eine Person handlungsfähig halten und als einzelne immer wieder aufs neue integrieren kann.
Kollektive Identitäten versprechen in dieser Lage Halt, Geborgenheit, selbstverständliches Dazugehören, sie sind ein Mittel gegen Vereinzelung und erlauben es, Identitätszuschreibungen – Frauen seien so oder so – zu überwinden. Politischer Widerstand und persönliche Identitätssuche verbinden sich zu Identitätspolitik, zur Suche nach einer widerständigen Identität.
Natürlich sind nicht alle gleichermaßen von Identitätssuche umgetrieben, auch nicht in westlichen Gesellschaften. Nicht alle Zugehörigkeitssysteme zerfallen, bei vielen stehen andere Sorgen als Identitätsprobleme im Vordergrund. Dennoch läßt sich die Brisanz der Identitätsfrage nicht von der Hand weisen.

Was heißt das für soziale Bewegungen, in diesem Fall die Politik von Frauen heute?

In einem Bericht von Karin Gabbert (1995) über die Zugfahrt von 150 Frauen von Paris nach Peking zur Weltfrauenkonferenz ist die Ungleichzeitigkeit der Geschehen eingefangen: Die Strecke führt durch mehrere Zeitzonen. Immer wieder stellt sich den Reisenden die Frage: Wieviel Uhr ist es? „Manche leben nach Moskauer Zeit, andere stellen die Uhren ständig vor. Einmal feiern einige Frauen ein Fest, tanzen die Nacht durch bis zum Halt auf irgendeinem sibirischen Bahnhof. Für andere ist es gerade Morgen, sie stolpern in Schlafanzügen aus ihren Abteilen. Am erstaunten sind die Russinnen von den Empfangskomitees auf dem Bahnsteig: Draußen ist Mittag."

Hinzu kommt die Ungleichheit der Ziele, nicht nur für Peking: „Einige Frauen, wie die alte Französin von der Mittelmeerküste (Abgesandte einer Gruppe, die Renten für Fischersfrauen fordern, C.K.), wollen ihr Projekt vorstellen, andere Frauen aus aller Welt kennenlernen, einige wollen um das Abschlußdokument der Regierungen streiten, andere kennen es überhaupt nicht, und die dritten finden es überflüssig."
Konsens ließe sich wahrscheinlich nur in einem Punkt herstellen, daß es nämlich keine Übereinstimmung von vornherein gibt, und paradoxerweise hätten wohl gerade auf dieser Basis einzelne Projekte – verbundene Prozesse, wie Chong-Sook Kang es nennt – eine Chance; nicht aber der Rückbezug auf ein gemeinsames Frausein in der Hoffnung, gemeinsame Ziele würden sich automatisch ergeben. Eine Beschwörung dieser Identität führte eher auseinander als zusammen, denn sie enthält kein „Versprechen", kein Vorhaben, in dem die Verletzungserfahrungen der einzelnen aufgehoben wären. Der Anspruch: „Wir als Frauen ..." dient nicht der Vermittlung unterschiedlicher Interessen.

Dennoch muß es feministischer Politik möglich sein, nach außen als und für Frauen zu sprechen, obwohl das nach innen in den Frauenbewegungen immer Debatten darüber in Gang setzt, „welchen deskriptiven Gehalt dieser Begriff" (Butler 1993, S. 49) hat, also wer damit auf welche Weise ein- bzw. ausgeschlossen wird. Über dieses Dilemma zerbrechen sich Theoretikerinnen seit geraumer Zeit den Kopf. Nancy Fraser faßt die bisherige Debatte zusammen und plädiert dafür, kollektive Identitäten als „diskursiv konstruiert und komplex" aufzufassen, so daß sie kollektives Handeln ermöglichen und gleichzeitig klar ist, daß kollektive Identitäten leicht verabsolutiert werden: „wir Frauen". Deshalb bedürften sie sowohl der „Dekonstruktion als auch der Rekonstruktion"(1993, S. 77). Im Grunde umreißt Nancy Fraser damit das, was Susanne Kappeler als politisches Identitätsbewußtsein beschrieben hat – kollektive Identität als *ein* Mittel und zeitweiliges Ergebnis des Befreiungsprozesses.

Der Haken bei der Sache ist: Ein solches politisches Identitätsbewußtsein müßte sich über Unterschiede hinweg bilden, die durchaus nicht gleichberechtigt, gleichartig und vereinbar nebeneinander bestehen. Da ist die Frau eines Fischers, die nach Peking reist, um ihr Projekt „Pensionen für Fischersfrauen" vorzustellen und Fischersfrauen aus aller Welt kennenzulernen. Die Reise unternehmen auch drei Filmstudentinnen, die die Zugfahrt dokumentieren. Ihr Motto für die Weltfrauenkonferenz haben sie auf T-Shirts gesprüht: „Lesbians Straight to Beijng"[13].
Der Kampf der Fischersfrauen folgt der herkömmlichen Logik sozialer Bewegungen: Betroffen von finanzieller Abhängigkeit vom Ehemann, wirtschaftlich ausgebeutet, bedroht von Armut im Alter, tun sich Frauen zusammen, formulieren Ziele, in die ihre Situation eingeht, suchen Verbündete und Foren, um ihre Forderungen vorzubringen. Die Verbindung zum Kampf anderer, die finanziell abhängig sind und deren Arbeit nicht gewürdigt wird, ist unschwer herzustellen. Identität ist kein Thema dieser Frauen, auch wenn sie ein politisches Identitätsbewußtsein ausbilden.

Anders liegen die Dinge bei den drei Studentinnen: „Lesben offen/geradewegs nach Peking". Sie verlangen, daß sich Frauen offen zu ihrem Lesbischsein bekennen und daß Lesben gesellschaftlich anerkannt werden. Die Forderung nach Anerkennung und Schutz einer diskriminierten Identität entspringt einer vollkommen anderen „Not" als die der Fischersfrauen: Ein ungezwungenes Selbstsein, Freiheit zur Selbstverwirklichung setzen nicht nur voraus, daß äußerliche Zwänge wie Verbote und Verfolgung fehlen, sondern auch das Fehlen innerer Blockierungen, Ängste, psychischer Hemmungen.[14] Eine solche innere Freiheit ist gebunden an die Erfahrung von Anerkennung auf verschiedenen Ebenen. So birgt rechtliche Anerkennung, rechtlicher Schutz

auch die Chance zur Selbstachtung, die Erfahrung gesellschaftlicher Solidarität birgt die Chance zur Selbstschätzung.[15)] Die Forderung nach rechtlicher Anerkennung richtet sich damit indirekt auch gegen eigene Ängste, Unwertgefühle und gegen Verletzungen. Einher geht dies häufig mit der Festschreibung einer Identität: „wir Frauen, wir Lesben". Durch diese Festschreibung bleibt der Zusammenhang zwischen Beherrschung und Identitätszuschreibung unangetastet; es gerät in Vergessenheit, daß es zunächst hieß: „*Ihr* Frauen, *Ihr* Lesben, *Ihr* Schwarzen ..." Die Diskriminierung wird als Unterdrückung einer Identität aufgefaßt und folglich die Bestätigung dieser kollektiven Identität – in Umkehrung der Zuschreibungsgeschichte – als entscheidender Befreiungsschritt gedeutet. (Dadurch kommt es zu einem Verwirrung stiftenden Wettlauf konkurrierender Identitäten und Unterdrückungen, unterdrückt sind schließlich irgendwie alle.) Dies veranlaßt Jenny Bourne zu der Feststellung, daß „Identität als Ersatz für Befreiung" gesucht werde (1987, S. 20). Hier – im Ich, im Wir – scheint die persönliche, die kleinkollektive Erlösung machbar, nachdem die gesellschaftlichen Aufbrüche steckengeblieben sind.
In dieser Politik mit einer und für eine Identität ist die Verbindung zu den Kämpfen anderer plötzlich verstellt, ja sie geraten ganz aus dem Blick. Hier ein Auszug aus einer Buchbesprechung, über die ich gerade gestolpert bin: „ ... setzt ziemlich genau da an, wo die westliche Großstadtlesbe nach zwanzig Jahren neuer Frauenbewegung heute steht – moralische Skrupel, religiös motivierte Selbstzweifel und Angst vor Diskriminierung sind nicht mehr so beherrschend, die Auswahl an potentiellen Gefährtinnen ist durch die dichte lesbische Infrastruktur enorm gewachsen, aber es bleibt das letzte große Problem – wie sag ich's meinen Eltern?"16) Das letzte große Problem.

Solche Haltungen, wenn hier auch ironisch überzeichnet, haben weißen Frauen den Vorwurf des Egozentrismus eingetragen. Susanne Kappeler meint sogar: „Identitätspolitik ist *das* Mittel, mit dem weiße westliche Frauen die Rassismuskritik abwehren und ihre ... relativen Machtvorteile gegenüber Schwarzen Frauen, jüdischen Frauen und Immigrantinnen verteidigen ..." (1992, S. 3). In meinen Augen hat sich Susanne Kappeler von der Kardinalfrage: Cui bono? – zu wessen Nutzen, hier besser: zu wessen Schaden? – irreleiten lassen und verwechselt den Effekt mit dem Motiv. Ohne Zweifel ist das Kreisen um sich selbst eine Begleiterscheinung von Identitätspolitik. Aber, wie ich an den drei Filmstudentinnen zu zeigen versucht habe, werden identitätspolitische Strategien nicht zu diesem Zweck „erfunden", sie zielen nicht darauf ab. Dennoch wiegt der Effekt schwer. Ich denke, er geht darauf zurück, daß auch Frauen, die den Mittelschichten angehören und von Verfolgung, materieller Ausbeutung und Armut *relativ* wenig betroffen sind, glauben: Wenn jede sich um das kümmert, wo sie und ihresgleichen der Schuh drückt und die anderen solidarisch sind, ergebe ein breiter politischer Zusammenschluß sich quasi von selbst. Dies trifft nicht ohne weiteres zu.
Für diese Frauen ist es unumgänglich, ihre persönlichen Nöte, ihren Streß, ihr Mißachtetwerden ins Verhältnis zur Not anderer zu setzen, wenn sie eine Verbindung zwischen ihren „großen Problemen" und denen anderer und damit zur „Befreiung aller" herstellen wollen. Der Widerstand gegen eine solche Relativierung ist groß und in persönlichen Dingen und Beziehungen auch gar nicht angebracht. Ich halte nichts davon, die Nöte relativ gutgestellter Frauen pauschal als Luxusprobleme oder Zeitvertreib der Satten abzutun. Aber wenn diese ihre persönlichen Ängste und Verletzungen zum Angelpunkt aller Politik machen, versperren sie sich jede Einsicht in die herrschenden Verhältnisse, in dieses System fließender Partizipation und Privilegierung, ihre Stellung und ihre relative Freiheit darin. Dies macht anfällig für eine Illusion der Unterdrückung, die hier ebenso verbreitet ist wie die Illusion des Befreitseins. Ohne Relativierungen wird das Thema Ausbeutung, Armut, Reichtum automatisch in

den Hintergrund gedrängt und das eigene politische Vorhaben isoliert, nun konkurriert es mit den Vorhaben anderer und dominiert sie, wenn die entsprechenden Machtmittel zur Hand sind (z.B. Weltfrauenkonferenz – Norden: Gewalt/Menschenrechte versus Süden: Wirtschaft/Armut).

In der Regel führt die Politik mit einer Identität und für eine Identität bei Frauen hier zum Rückzug, zur Spaltung, zur Partizipation einiger, zur Aufgabe der Perspektive „Befreiung aller"; am Ende geht es nur noch darum, der Selbstentwertung Einhalt zu gebieten. Und die Phantasie gaukelt vor, andere hätten die Geborgenheit, Anerkennung, Gemeinschaft und Sicherheit, die frau sich selbst wünscht. Aus dieser Sackgasse des Identischen führt offenbar weder das Beschwören und Imitieren des früheren Aufbruchs noch der Nachweis des Egozentrismus, noch das Verdammen der Identitätspolitik. Auch die theoretisch gewitzte Sabotage der kollektiven Wirs, wonach es so viele weibliche Identitäten wie Frauen gäbe, weist keinen Ausweg, ebensowenig der Wunsch, nicht rassistisch *sein*, nicht privilegiert *sein*, ein guter Mensch *sein* zu wollen.
Identitätspolitik verstellt in selbstorganisierten politischen Gruppen die Perspektive einer allgemeinen Befreiung. Aber das muß nicht sein: Diese Perspektive öffnet sich, wenn Menschen sich entscheiden, und es ist eine Frage der Entscheidung, Brücken zwischen ihren eigenen „großen Problemen" und denen anderer zu bauen, wo sie sich nicht von allein ergeben; wenn sie die eigene Erfahrung von Mißachtung und die Ausbeutung anderer im System von Herrschaft einordnen. Diese Verbindung, die gleichzeitig eine Einbettung ist, verwandelt die Identitätssuche. Statt Fluchtpunkt ist sie nun Ansatzpunkt und damit *ein* politikfähiges Thema. Ein Thema, das sich in Verbindung bringen läßt mit den politisch-ökonomischen Grundtendenzen: der fortschreitenden Kapitalisierung der Lebensverhältnisse, der Privatisierung aller Interessen und öffentlichen Belange, das heißt mit dem ungehemmt sich durchsetzenden Verwertungs- und Profitstreben. Denn mit diesem geht auch die heute verbreitete Fixierung auf Identitäten einher. Gleichgültig, ob kollektive Wirs der Selbstvergewisserung dienen oder der Bildung einer Lobby oder neuer Zugehörigkeitssysteme – sie sind Gegen- oder Ergänzungsbewegungen zu den zentrifugal wirkenden Kräften des „Marktes", unter denen auch andere leiden. Erst diese relativierende Rückbindung an die Nöte anderer ermöglicht eine politische Zusammenarbeit über ungleiche Lagen hinweg, und erst sie gibt auch wieder die Sicht frei auf ein Selbstverständnis jenseits von Identitäten: Wir sind, was wir tun, und verändern uns, indem wir handeln.

Anmerkungen

1) *Siehe z.B. die Podiumsdiskussion „Zur Krise der Kategorie Lesbe" auf dem Symposium „Das letzte Geschlecht" im Spätsommer 95 in Hamburg.*
2) *Siehe auch Hannah Arendt in Claus Leggewie: Multikulti, Berlin 1991, S. 143.*
3) *Siehe z.B. Shulamith Firestone: Frauenbewegung und sexuelle Revolution, Reinbek b. Hamburg 1976.*
4) *Siehe z.B. Donna Haraway: Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen, Frankfurt/M. 1995.*
5) *Hannah Arendt 1991, S. 109.*
6) *Siehe dazu: bell hooks: Sehnsucht und Widerstand, Berlin 1996.*
7) *In: Die Zeit vom 8.9.95, S. 1.*
8) *In: taz vom 9./10.9.95.*
9) *Siehe dazu: Feministischer Land-Kreis: „Von Grund auf deutsch. Zum Selbstverständnis der Deutschen in ihrer Verfassung", in: Olga Uremovic/Gundula Oerter (Hrsg.): Frauen zwischen Grenzen, Frankfurt/M./New York 1994, S. 49.*

10) Siehe Werner Schiffauer: „Sie verlassen die geschützte Zone!" in: taz vom 14.11.95

11) So ein Aufsatztitel von Christina Thürmer-Rohr in: Verlorene Narrenfreiheit, Berlin 1994.

12) Z.B. Sabine Hark: „Lesbische Identität – lesbische Kultur – lesbische Politik in den neunziger Jahren", Niedersächsisches Frauenministerium.

13) Siehe taz vom 2./3.95, S. 11.

14) Axel Honneth 1992, S. 278.

15) Ebd.

16) Andrea Schweers im Verlagsprogramm von Krug & Schadenberg, Herbst 95.

Literatur

ARENDT, Hannah: Vita activa oder Vom tätigen Leben, München 1991

BOURNE, Jenny: „Für einen antirassistischen Feminismus!", Institute of Race Relations, London 1984

DIES.: „Homelands of the Mind: Jewish Feminism and Identity Politics", in: Race & Class XXIX, 1 (1987), London

BUTLER, Judith: „Kontingente Grundlagen: Der Feminismus und die Frage der ‚Postmoderne'", in: Seyla Benhabib u.a. (Hrsg.), Der Streit um die Differenz, Frankfurt/M. 1993

DURAND, Béatrice: „Bigotterie meinerseits", in: taz vom 23.7.92

ESSED, Philomena: „Wahrnehmungen und Erfahrungen von Geschlecht und Rassismus in Europa", in: Marion Kraft/Rukhsana Shamim Ashraf-Khan (Hrsg.), Schwarze Frauen der Welt. Europa und Migration, Berlin 1994

FRASER, Nancy: „Falsche Gegensätze", in: Benhabib u.a., a.a.O.

GABBERT, Karin: „Einmal von Paris nach Peking", in: taz vom 2./3.9.95, S. 11

HONNETH, Axel: Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte, Frankfurt/M. 1992

HOOKS, bell: Black Looks. Popkultur, Medien, Rassismus, Berlin 1994

JASPERS, Karl: Wahrheit und Bewährung. Philosophieren für die Praxis, München 1983

KANG, Chong-Sook: „Interkultureller Feminismus aufgrund von Differenzen", Skript eines autonom organisierten Seminars an der Universität Heidelberg im SS 93 oder 94

KAPPELER, Susanne: „Entpolitisierung durch Identitätspolitik?", in: Kofra 61, Dez./Jan.1992, München

KOPPERT, Claudia/ LINDBERG, Birgit: „Projekte der Moderne. Zu 20 Jahren feministischer Zusammenarbeit", in Claudia Koppert (Hrsg.), Glück, Alltag und Desaster, Berlin 1993, S. 76-100

LENZ, Ilse: „Frauenbewegung und die Ungleichzeitigkeiten der Moderne", in: Peripherie 39/ 40, 1990, S. 161-175